

**Beschluss-
Sammlung
der
Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln**

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 4.1 der Tagesordnung:

Elektromobilität

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz stellt mit großem Bedauern fest, dass das BMVBS bereits am 16. Juni 2011 eine Förderrichtlinie Elektromobilität veröffentlicht hat, ohne die im November 2011 vorliegenden Evaluationsergebnisse der Modellregionen sowie die daraus resultierenden verkehrspolitischen Anforderungen zu berücksichtigen.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das BMVBS zu prüfen, inwieweit sich aus den Erkenntnissen der Evaluation der Modellregionen im November 2011 ein Anpassungsbedarf der Förderrichtlinie Elektromobilität vom 16. Juni 2011 ergibt. Über das Ergebnis dieser Prüfung soll in der Frühjahrssitzung 2012 der Verkehrsministerkonferenz berichtet werden.
4. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt die im Regierungsprogramm Elektromobilität vom 18. Mai 2011 enthaltenen Anreize und Maßnahmen zur Unterstützung der Markteinführung von Elektrofahrzeugen zur Kenntnis und stellt mit Bedauern fest, dass hierin unter anderem die Mitbenutzungsmöglichkeit von "Busspuren" vorgesehen ist. Die Mitbenutzung der Bussonderfahrstreifen, die unter anderem der Beschleunigung des Betriebsablaufs dienen, steht im Konflikt mit dem auch von der Bundesregierung erklärten verkehrspolitischen Ziel der Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs.

5. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das BMVBS, vor der Weiterverfolgung dieser Maßnahme eine detaillierte Analyse der verkehrlichen Folgen, der Verkehrssicherheit und der betrieblichen Abläufe im Busverkehr im Rahmen der Fortführung der Modellregionen mittels Modellierung durchzuführen und über die Ergebnisse zur Herbstsitzung 2012 der Verkehrsministerkonferenz zu berichten.
6. Die Verkehrsministerkonferenz lehnt die Mitbenutzung von Bussonderfahrstreifen durch alle Arten von Elektro-Pkw und Elektro-Nutzfahrzeugen bis zur Vorlage und Auswertung der Analyse ab.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 4.2 der Tagesordnung:

Aktionsplan Güterverkehr und Logistik

Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zum Aktionsplan Güterverkehr und Logistik zur Kenntnis.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 4.3 der Tagesordnung:

Strukturreform des Bundesgebührenrechts

1. Die Verkehrsministerkonferenz spricht sich gegen eine Trennung von Bundes- und Landesgebühren im Bereich des Straßenverkehrsrechts, des Personenbeförderungsrechts und des Luftverkehrsrechts aus und bittet den Bund, die jetzigen Regelungen beizubehalten.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder sowie der Konferenz der Regierungschefinnen und der Regierungschefs der Länder mit der Bitte um Unterstützung zuzuleiten.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 4.4 der Tagesordnung:

Fortführung der Kompensationsleistungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz nach 2013

1. Die Verkehrsministerkonferenz stellt mit großer Sorge fest, dass die Verhandlungen des Bundes mit den Ländern zur Fortführung der Kompensationsleistungen nach dem Entflechtungsgesetz ab 2014 - entgegen der Festlegung im Koalitionsvertrag, darüber bis Mitte der Legislaturperiode entscheiden zu wollen - noch nicht abgeschlossen sind.

Sie unterstreicht nochmals den in ihrer Sondersitzung am 10. Januar 2011 gefassten Beschluss.
2. Die Verkehrsministerkonferenz hält es für erforderlich, die Verhandlungen zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Bundesministerium der Finanzen sowie den Ländern auf politischer Ebene zügig zum Abschluss zu bringen und den Vorsitzenden der Verkehrsministerkonferenz zu den Beratungen einzuladen.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, diese Forderung dem Vorsitzenden der Konferenz der Chefinnen und der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder sowie dem Vorsitzenden der Konferenz der Regierungschefinnen und der Regierungschefs der Länder zu übermitteln.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 4.5 der Tagesordnung:

Organisatorische Bündelung der deutschen Aktivitäten bei der "Galileo"-Anwendung

Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 4.6 der Tagesordnung:

Berichterstattung vom Weltverkehrsforum

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zum Weltverkehrsforum 2011 zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die seit dem Jahr 2009 regelmäßig unmittelbar im Anschluss an das Weltverkehrsforum gegenüber ihren Mitgliedern erfolgte ausführliche Berichterstattung durch das BMVBS. Vor dem Hintergrund dieser geübten Praxis erscheint es nicht länger erforderlich, der Verkehrsministerkonferenz zusätzlich zur Herbstsitzung eines jeden Jahres zu berichten.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 4.7 der Tagesordnung:

Ausbau von Breitbandhochgeschwindigkeitsnetzen

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt das Anliegen der Wirtschaftsministerkonferenz, die Ausbaukosten für ein Breitbandhochgeschwindigkeitsnetz durch die synergetische Nutzung vorhandener Infrastruktur zu senken. Sie unterstützt ausdrücklich die Verlegung von Leerrohren im Zuge von Straßenbaumaßnahmen. Das gilt auch im Rahmen von laufenden Straßenbaumaßnahmen.
3. Die Finanzierung der Mitverlegung von Leerrohren bei Baumaßnahmen an Bundesstraßen ist Aufgabe des Bundes. Sie hat aus dem Bundeshaushalt zu erfolgen. Die Verkehrsministerkonferenz weist aber ausdrücklich darauf hin, dass die Finanzierung der Mitverlegung nicht zu Lasten des bereits unterfinanzierten Straßenbauhaushalts gehen darf, sondern z. B. als Bestandteil des von der Wirtschaftsministerkonferenz geforderten Förderprogramms des Bundes realisiert werden könnte.
4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss an die Wirtschaftsministerkonferenz mit der Bitte um Kenntnisnahme weiterzuleiten.
5. Die Wirtschaftsministerkonferenz wird gebeten, die Verkehrsministerkonferenz bis zur Frühjahrssitzung 2012 über den Fortgang in der Angelegenheit zu informieren.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 4.8 der Tagesordnung:

Sachstand Bundesverkehrswegeplanung 2015

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Kenntnis.
2. Sie bittet das BMVBS erneut, die Länder frühzeitig, umfassend und unmittelbar in die Erarbeitung des Investitionsrahmenplans und die Vorarbeiten sowie methodischen Diskussionen zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) einzubeziehen.
3. Die Verkehrsministerkonferenz geht davon aus, dass sich der Gültigkeitszeitraum eines neuen BVWP über das Jahr 2019 hinaus erstrecken wird und somit auch einen Zeitraum nach Auslaufen des Bundesprogramms nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz umfassen wird. Vor diesem Hintergrund fordert die Verkehrsministerkonferenz das BMVBS auf, bei der Erarbeitung der neuen Grundkonzeption für den nächsten BVWP sicherzustellen, dass auch große Nahverkehrsprojekte des Schienenpersonennahverkehrs und außerdem der Nahverkehrsnutzen aller Maßnahmen unter Einschluss der zentralen Knoten entsprechend bewertet und berücksichtigt werden können.
4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das BMVBS, dafür Sorge zu tragen, dass künftig in der Methodik der gesamte volkswirtschaftliche Nutzen bei der Bewertung von Schienenanbindungen zu anderen Verkehrsträgern (Flughäfen, Häfen) vollständig abgebildet wird.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 4.9 der Tagesordnung:

Weiterentwicklung Nationaler Radverkehrsplan

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.
2. Vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung des Radverkehrs für die Alltagsmobilität und den Klimaschutz begrüßt die Verkehrsministerkonferenz das Bekenntnis des Bundes zu einer aktiven Rolle bei der Radverkehrsförderung und die geplante Fortschreibung des Nationalen Radverkehrsplans.

Die Länder werden sich engagiert und konstruktiv an dem Fortschreibungsprozess beteiligen.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 4.10 der Tagesordnung:

Deutschland-Online
eGovernment / Deutschland-Online

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht der Federführerin, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, und des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz befürwortet, dass die für das Teilprojekt "Standardisiertes Datenaustauschformat für das Kfz-Wesen (XKfz-Standard)" zur Verfügung stehenden Restmittel aus dem Jahr 2011 in das Jahr 2012 übertragen werden.
3. Die Verkehrsministerkonferenz spricht sich dafür aus, einen eventuellen finanziellen Mehrbedarf für das Teilprojekt XKfz-Standard im Jahr 2012 wiederum nach dem Königsteiner Schlüssel aufzuteilen.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 4.11 der Tagesordnung:

Nationale E-Government-Strategie -
Abstimmung der Umsetzungsplanung

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des IT-Planungsrates zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz stimmt dem Vorgehen des IT-Planungsrates gemäß dem Schreiben seines Vorsitzenden vom 8. Juli 2011 zum Entwurf des Umsetzungskonzepts "Nationale E-Government-Strategie" (NEGS) zu.
3. Die Verkehrsministerkonferenz sieht derzeit keine Handlungsfelder aus dem Verkehrsbereich, die zusätzlich in die NEGS aufgenommen werden sollten.
4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Ansprechpartner für den IT-Planungsrat, Herrn Staatssekretär Rainer Bretschneider (Brandenburg), diesen Beschluss dem Vorsitzenden des IT-Planungsrates, Herrn Ministerialdirektor Dr. Zinell (Baden-Württemberg), zu übermitteln.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 5.1 der Tagesordnung:

Streichen von Fördermitteln für ein interoperables deutschlandweites elektronisches Fahrgeldmanagement durch den Bund

1. Die Verkehrsministerkonferenz fordert den Bund auf, die Streichung von Haushaltsmitteln zur Unterstützung der Einführung eines interoperablen deutschlandweiten elektronischen Fahrgeldmanagements auf Basis der Kernapplikation Initiative ((eTicket Deutschland des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. wieder rückgängig zu machen.
2. Ohne die zunächst vom Bund in Aussicht gestellten Finanzmittel wird der gerade in Gang gekommene Aufbau eines bundesweit kompatiblen eTicketing-Verfahrens einen massiven Rückschlag erleiden.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 5.2 der Tagesordnung:

Verfahrensdauer beim Eisenbahn-Bundesamt in planungsrechtlichen
Genehmigungsverfahren

1. Die Verkehrsministerkonferenz äußert ihre Besorgnis darüber, dass die Dauer der beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA) derzeit laufenden eisenbahnrechtlichen Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren im Vergleich zu den bei Jahresbeginn 2011 geltenden terminlichen Annahmen voraussichtlich erheblich zunehmen wird. Diese Verzögerungen sind nach den Erkenntnissen der DB Netz AG insbesondere darauf zurückzuführen, dass die für solche Verfahren zuständigen Dienststellen des EBA personell überlastet sind.
2. Die Verkehrsministerkonferenz weist darauf hin, dass die Verlängerung der Verfahrensdauer in den betreffenden Fällen dazu führt, dass notwendige Investitionen in den Aus- und Neubau des deutschen Schienennetzes in vermeidbarer Weise verzögert werden. Sie ist der Auffassung, dass solche Verzögerungen mit Blick auf die Dringlichkeit der Maßnahmen und die vielfach beschränkte zeitliche Verfügbarkeit der Finanzmittel nicht hinnehmbar sind.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, möglichst rasch für eine ausreichende Personalausstattung des EBA Sorge zu tragen, damit weitere negative Konsequenzen der beschriebenen Art vermieden werden können. Die Verkehrsministerkonferenz geht davon aus, dass mit einer personellen Verstärkung keine Kosten verbunden sind, weil das EBA kostendeckende Gebühren erhebt.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 5.3 der Tagesordnung:

Qualitätsprobleme der DB AG im Winter

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die als Anlage beigefügte Präsentation zu Ursachen und Maßnahmen der DB AG im Winter zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bekräftigt ihren Beschluss vom 6./7. April 2011 und stellt fest, dass im Bericht des Bundes die Definition von Minimalstandards zur Verkehrsbedienung auf der Schiene bei extremen Wettersituationen nicht enthalten ist. Diese sollte in Zusammenarbeit zwischen Bund, DB AG und Ländern gemeinsam erarbeitet werden.
3. Die Verkehrsministerkonferenz fordert den Bund erneut auf, zusammen mit der DB AG und den Ländern vor dem Hintergrund seiner Allgemeinwohlverpflichtung entsprechende Minimalstandards zu erarbeiten und hierüber in der Frühjahrs-sitzung 2012 zu berichten.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 5.4 der Tagesordnung:

Deutschlandtakt

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die Einberufung des Lenkungskreises und bekräftigt ihr Interesse an der Durchführung einer Machbarkeitsstudie, insbesondere zu den in Ziffer 3 des Beschlusses der Verkehrsministerkonferenz vom 6./7. April 2011 genannten Aspekten:
 - Analyse des Status quo und Grundlagenermittlung,
 - Erstellung eines Zielliniengerüsts für den Fernverkehr in Abstimmung mit den Netzen des Schienenpersonennahverkehrs,
 - Bestimmung der Netzknoten und der Sollfahrzeiten,
 - Erstellung eines deutschlandweiten Grobfahrplans für den gesamten Personenverkehr unter Berücksichtigung von Güterverkehrskorridoren,
 - Überprüfung des ordnungspolitischen Rechtsrahmens und Vorschläge zu dessen Weiterentwicklung.

In einer weiteren Stufe sind dann die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen zu ermitteln und sinnvolle Konzepte für eine stufenweise Einführung zu erarbeiten.

3. Die Verkehrsministerkonferenz bekräftigt das Angebot der Länder, sich an den Kosten einer Machbarkeitsstudie zu beteiligen.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 5.5 der Tagesordnung:

Buntmetalldiebstähle bei der Bahn

1. Die Verkehrsministerkonferenz äußert ihre Besorgnis darüber, dass vermehrte Metalldiebstähle an Bahnstrecken zu gehäuften Behinderungen und Ausfällen von Schienenverkehrsleistungen führen. Die Auswirkungen sind angesichts der Vielzahl von betroffenen Fahrgästen erheblich und führen neben den Schäden an den betroffenen Strecken zu hohen Fahrzeitverlusten und damit verbundenen volkswirtschaftlichen Nachteilen. Darüber hinaus entsteht die vergrößerte Gefahr von Unfällen oder anderer gefährlicher Ereignisse.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, nach Möglichkeiten zur verstärkten Prävention vor Schädigungen der Bahnanlagen zu suchen.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Justizministerkonferenz um Überprüfung der vorhandenen Vorschriften mit dem Hinweis, dass bei den vorliegenden Sachverhalten nicht nur die unmittelbaren Sachschäden, sondern insbesondere auch die Gewährleistung der Sicherheit des Eisenbahnbetriebs zu berücksichtigen sind.
4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss an die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder und die Justizministerkonferenz zu übermitteln.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 5.6 der Tagesordnung:

Verbesserung der Sicherheit im Eisenbahnverkehr

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt die Berichte des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Landes Sachsen-Anhalt zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt, dass die gemeinsame Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern einen Regelungsvorschlag zur Umsetzung des Beschlusses der Verkehrsministerkonferenz vom 6./7. April 2011 erarbeitet hat und bittet das Land Sachsen-Anhalt, einen Regelungsvorschlag beim Bundesrat einzubringen. Sie geht dabei davon aus, dass bei der Änderung der Eisenbahn- und Betriebs-Ordnung zur Verbesserung der Sicherheit auf Nebenstrecken eine Lösung ohne Einschränkung der Sicherheitserfordernisse verfolgt wird, die für die nichtbundeseigenen Infrastrukturunternehmen und insbesondere die Schmalspurbahnen wirtschaftlich tragfähig ist.
3. Zur weiteren Verbesserung der Sicherheit im Eisenbahnverkehr hält es die Verkehrsministerkonferenz für erforderlich, dass die Arbeitszeiten der selbstständigen Triebfahrzeugführer analog den Arbeitszeiten der Triebfahrzeugführer mit Arbeitnehmereigenschaft geregelt werden. Hierzu wird der Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz gebeten, an das BMVBS mit dem Ziel heranzutreten, den in Vorbereitung befindlichen Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit von selbstständigen Kraftfahrern um eine Regelung zu ergänzen, die eine analoge Behandlung von selbstständigen Triebfahrzeugführern vorsieht.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 5.7 der Tagesordnung:

Standards für Realisierungs- und Finanzierungsverträge sowie für Planungsverträge mit der DB AG

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt das Ergebnis des Gutachtens von Rödl & Partner zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt die Stellungnahme der DB AG zur Kenntnis.
3. Die Verkehrsministerkonferenz beschließt, dass die Forderungen aus dem Gutachten gegenüber dem Bund und der DB AG durchgesetzt werden sollen.
4. Der Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz wird gebeten, mit dem Vorstandsvorsitzenden der DB AG Gespräche mit dem Ziel zu führen, dass sich die DB AG zur Umsetzung der Gutachterempfehlung bereit erklärt.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 6.1 der Tagesordnung:

Wiedereinführung auslaufender und ausgelaufener Unterscheidungszeichen

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bedauert die Haltung des BMVBS, von einer bundeseinheitlichen Regelung absehen zu wollen.
3. Die Länder fordern den Bund nochmals auf, einen entsprechenden Umsetzungsvorschlag zur Anpassung der Fahrzeugzulassungsverordnung zu unterbreiten.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 6.2 der Tagesordnung:

Überprüfung des Sanktionsniveaus bei Verkehrsverstößen im Bereich des Radverkehrs

1. Im Interesse der Förderung des Radverkehrs und der Verkehrssicherheit hält die Verkehrsministerkonferenz eine Überprüfung des Sanktionsniveaus bei Verkehrsverstößen im Bereich des Radverkehrs für notwendig.
2. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) wird gebeten, durch den Bund-Länder-Fachausschuss Straßenverkehrs-Ordnung/Ordnungswidrigkeiten (BLFA-StVO/OWi) mit dem Schwerpunkt Ordnungswidrigkeiten als dem dafür zuständigen Fachgremium prüfen zu lassen, ob und ggf. wie eine Anhebung der Sanktionen für Verkehrsverstöße im besonderen Zusammenhang mit dem Radverkehr umgesetzt werden sollte. Der BLFA-StVO/OWi soll im Rahmen der Prüfung den Bund-Länder-Arbeitskreis "Radverkehr" beteiligen und dessen fachliche Einschätzung hinsichtlich der Anpassung von verkehrsorganisatorischen Voraussetzungen einbeziehen.
3. Das BMVBS wird gebeten, der Verkehrsministerkonferenz einen Bericht über die Ergebnisse der Prüfungen spätestens zur Herbstsitzung 2012 vorzulegen.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 6.3 der Tagesordnung:

Vollziehbarkeit von Planfeststellungsbeschlüssen

Die Verkehrsministerkonferenz nimmt die rechtliche Bewertung des Arbeitskreises "Straßenbaupolitik" zur Kenntnis.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 6.4 der Tagesordnung:

Tragen von Fahrradhelmen

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Zwischenbericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die Ankündigung des BMVBS, gemeinsam mit der Deutschen Verkehrswacht e. V. die mehrjährig angelegte Präventionsinitiative "Ich trag' Helm" durchzuführen, um die Tragequote von Fahrradhelmen zu erhöhen.
3. Der Bund wird gebeten, zur Herbstkonferenz 2012 einen abschließenden Bericht vorzulegen und dazu die Ergebnisse des Verkehrsgerichtstages sowie die Entwicklung im Bereich des E-Bikes zu berücksichtigen.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 6.5 der Tagesordnung:

Abstufung nicht mehr fernverkehrsrelevanter Bundesstraßen

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die zwischen Bund und Ländern gefundenen Abstufungsmodalitäten zu den nicht mehr fernverkehrsrelevanten Bundesstraßen und stimmt der beschriebenen Vorgehensweise zu.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 6.6 der Tagesordnung:

Polizeibegleitung von Großraum- und Schwertransporten

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht (Stand: 4. Mai 2011) der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Entlastungsmöglichkeiten für die Polizei im Zusammenhang mit Großraum- und Schwertransporten" des Bund-Länder-Fachausschusses Straßenverkehrs-Ordnung/Ordnungswidrigkeiten (BLFA-StVO/OWi) und dessen Beschluss vom 10./11. Mai 2011 zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, den Beschluss und den vorgenannten Bericht dem Vorsitzenden der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder zuzuleiten.
3. Der Bund wird gebeten, die Rechtsvorschriften entsprechend anzupassen.
4. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird darüber hinaus gebeten, dem BLFA-StVO/OWi spätestens bis zum Jahr 2013 einen Bericht zu den praktischen Erfahrungen und Auswirkungen der Verfahrensumstellung zwecks Beratung über die Notwendigkeit von Verfahrensanpassungen vorzulegen.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 6.7 der Tagesordnung:

Lärmsanierung an kommunalen Straßen

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Arbeitskreises "Straßenbaupolitik" zum Beschluss der Umweltministerkonferenz vom 27. Mai 2011 zur Lärmsanierung an kommunalen Straßen zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz misst dem Lärmschutz an Straßen ebenfalls eine hohe Bedeutung zu. Sie bekräftigt jedoch, dass die ohnehin knappen Investitionsmittel des Bundes vollständig für seine eigenen Verkehrswege benötigt werden.
3. Die Verkehrsministerkonferenz hält einen Beitrag zum Lärmschutz an kommunalen Straßen für möglich, wenn eine entsprechende Ausstattung mit Mitteln nach dem Entflechtungsgesetz ab dem Jahr 2014 erfolgt.
4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss der Umweltministerkonferenz und der Finanzministerkonferenz zuzuleiten.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 6.8 der Tagesordnung:

Absenkung der spezifischen Geräuschemissionen von Kraftfahrzeugen zur Unterstützung der Lärminderungsplanung nach §§ 47a - f BImSchG

1. Die Verkehrsministerkonferenz sieht wie die Bundesregierung in dem Schutz vor Verkehrslärm ein wichtiges Element nachhaltiger Verkehrspolitik und hält die Ausweitung des Lärmschutzes zur Minderung der Belastungen der Bevölkerung für geboten. Um beim Straßenverkehrslärm Entlastungen zu erreichen, sind neben den Maßnahmen im Rahmen der Lärmaktionsplanung nach § 47d BImSchG auch technische Maßnahmen an der Quelle erforderlich, die eine Verringerung der Fahrzeugemissionen bewirken.
2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt daher die Initiative der Europäischen Kommission, über eine Novelle des Typprüfverfahrens zur Ermittlung und Begrenzung von Geräuschemissionen bei der Zulassung von Kraftfahrzeugen eine Entlastung herbeizuführen.
3. Die Verkehrsministerkonferenz unterstützt in diesem Kontext den Beschluss der Umweltministerkonferenz vom 27. Mai 2011 zu TOP 26 und bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, sich in den Verhandlungen zur Richtlinienerarbeitung dafür einzusetzen, dass mit der geplanten Richtliniennovellierung das Prüfverfahren angepasst wird und ambitionierte Geräuschgrenzwerte festgelegt werden und so eine Nutzung der heutigen und zukünftigen technischen Potentiale zur Reduzierung der Fahrzeugemissionen ermöglicht wird. Dazu sollte ein langfristig angelegtes, mehrstufiges Grenzwertkonzept entwickelt werden.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 6.9 der Tagesordnung:

Revision der Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz beauftragt den Arbeitskreis "Verkehrsträgerübergreifende und EU-Angelegenheiten", sich zur notwendigen Berücksichtigung von Verkehrsbelangen mit der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz zu dem bis zur Herbstsitzung der Umweltministerkonferenz am 2. bis 4. November 2011 zu erarbeitenden Eckpunktepapier abzustimmen.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Arbeitskreis "Verkehrsträgerübergreifende und EU-Angelegenheiten", auf der Frühjahrssitzung 2012 der Gemeinsamen Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder über den Sachstand zu berichten.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 6.10 der Tagesordnung:

Umsetzung von Umweltzonen - Belastungen für KMU

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz vom 6./7. Juni 2011 zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, rechtssichere Vorgaben für die Erteilung von Ausnahmen für das Befahren von Umweltzonen zu erarbeiten, die sicherstellen, dass die bundesweite Anerkennung einmal erteilter Ausnahmegenehmigungen ohne erneutes Verwaltungsverfahren und ohne zusätzliche Kostenbelastung für die Betroffenen möglich ist oder zumindest deutlich erleichtert wird.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz und der Umweltministerkonferenz zuzuleiten.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 6.11 der Tagesordnung:

Reform des Fahrlehrerrechts

1. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), alsbald eine umfassende Reform des Fahrlehrerrechts in Angriff zu nehmen mit dem Ziel, die Reform noch in dieser Legislaturperiode abzuschließen.
2. In einer länderoffenen Arbeitsgruppe unter Federführung von Baden-Württemberg soll zeitnah ein Eckpunktepapier erarbeitet werden. Dabei soll auch den veränderten Anforderungen an die Fahrlehrer- und Führerscheinausbildung durch die Einführung von Elektrofahrzeugen Rechnung getragen werden.
3. Das BMVBS wird gebeten, der Verkehrsministerkonferenz über den Stand der Reformberatungen in der Frühjahrssitzung 2012 zu berichten.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 6.12 der Tagesordnung:

Bundesweiter Feldversuch mit Lang-Lkw

Die Verkehrsministerkonferenz äußert ihre verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Absicht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Rahmenbedingungen sowie die Durchführung des Feldversuchs durch eine Ausnahmereordnung zu § 6 Straßenverkehrsgesetz ohne Befassung des Bundesrates festzulegen.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 7.1 der Tagesordnung:

Verbesserung der Rechte von Fluggästen bei Verspätungen

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das BMVBS, künftig anlassbezogen bei aktuellen Entwicklungen in Sachen Fluggastrechte zu berichten.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 7.2 der Tagesordnung:

Vorsorgemaßnahmen zur Reduzierung der Auswirkungen von Vulkanasche
im Luftraum

Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 8.1 der Tagesordnung:

Neuorganisation der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, Klassifizierung der Bundeswasserstraßen

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die Initiative der Länder, die Bedeutung des Wasserstraßennetzes für die Wirtschaftsräume in Deutschland auch in Anlehnung an die Aktivitäten des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages näher zu untersuchen und dabei die für die norddeutschen Wasserstraßen beauftragte Untersuchung in geeigneter Weise auf das Gesamtnetz der Bundeswasserstraßen auszudehnen. Hierbei muss die Durchgängigkeit in den jeweiligen Netzteilen ein zentraler Prüfungspunkt bleiben. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das BMVBS, sich an der Untersuchung zu beteiligen.
3. Die Verkehrsministerkonferenz betont die Notwendigkeit, auch die Freizeitschifffahrt, den Wassersport und den Wassertourismus innerhalb des Wasserstraßennetzes angemessen zu berücksichtigen.
4. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, die Länder und die Verbände über den Stand der Überlegungen für eine neue Nutzerfinanzierung bei den Bundeswasserstraßen zu unterrichten und in geeigneter Form an der weiteren Ausgestaltung zu beteiligen.

5. Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Bund, die Länder in die Überlegungen zur Neuorganisation der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes rechtzeitig und umfassend mit einzubeziehen, um so auch die Aspekte der regionalen Auswirkungen einer Organisationsveränderung mit einbringen zu können.
6. Die Verkehrsministerkonferenz stellt fest, dass der deutschen Fahrgastschifffahrt durch das vorgesehene Auslaufen des bislang auf sieben Prozent ermäßigten Mehrwertsteuersatzes erhebliche Wettbewerbsnachteile drohen, weil in den europäischen Nachbarländern teilweise deutlich niedrigere Steuersätze gelten.
7. Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Bund, bis zu einer Harmonisierung der Steuersätze und der Vorlage eines schlüssigen Gesamtkonzepts zur Neufestsetzung der Mehrwertsteuersätze in Deutschland den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für die Fahrgastschifffahrt bis zum 31. Dezember 2013 zu verlängern.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 8.2 der Tagesordnung:

Pirateriebekämpfung -
Neuregelung der kriminalpolizeilichen Zuständigkeit / Seepiraterie

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (Innenministerkonferenz) vom 21./22. Juni 2011 zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz stimmt mit der Innenministerkonferenz darin überein, dass die Bekämpfung der Seepiraterie eine wichtige Aufgabe zum Schutz deutscher Handelsschiffe ist.
3. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die Aktivitäten der Innenministerkonferenz, im Rahmen einer länderoffenen Arbeitsgruppe rechtliche und tatsächliche Möglichkeiten zur Bekämpfung der Seepiraterie sowie ggf. erforderlichen Änderungs- bzw. Ergänzungsbedarf zu erarbeiten. Hierbei wird ebenfalls die enge Abstimmung mit der aus Angehörigen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums der Verteidigung, des Auswärtigem Amtes und des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bestehenden Arbeitsgruppe begrüßt.

Beschluss
der Verkehrsministerkonferenz
am 5./6. Oktober 2011
in Köln

Punkt 9.1 der Tagesordnung:

Termine der VMK im Jahr 2012

Die Verkehrsministerkonferenz beschließt folgende Termine für das Jahr 2012:

Frühjahr 18./19. April

Herbst 4./5. Oktober